

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Bezirksvertretung Mitte	19.01.2017	öffentlich
Stadtentwicklungsausschuss	31.01.2017	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Radverkehrssituation auf der Stapenhorststraße (zwischen Ostwestfalendamm und Melanchthonstraße)

Betroffene Produktgruppe

11.12.07

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

Keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Keine

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

BV Mitte, 09.06.2016, TOP 5.3
BV Mitte, 14.01.2016, TOP 5.1
BV Mitte, 01.09.2016 TOP 17
Stadtentwicklungsausschuss, 20.09.2016 TOP 16
BV 06.10.2016 TOP 6

Sachverhalt:

Ausgangssituation

Das Amt für Verkehr hat in den September Sitzungen der Bezirksvertretung Mitte und des Stadtentwicklungsausschusses über die verkehrliche Situation auf der Stapenhorststraße berichtet und in diesem Kontext Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit vorgestellt. Aus beiden Gremien wurde die Verwaltung gebeten, eine Bürgerinformation zu den geplanten Maßnahmen durchzuführen, um ein Meinungsbild der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu erhalten.

Bürgerinformation

Diese Veranstaltung fand am 23.11.2016 in der Stapenhorstschule statt. Im Vorfeld wurden 600 Wurfsendungen an die betroffenen Haushalte verteilt. An dem Abend waren ca. 50 Anwohnerinnen und Anwohner sowie drei Vertreter der Presse anwesend. In der knapp 90-minütigen Veranstaltung berichteten Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Verkehr zunächst

ausführlich über die Situation und die Maßnahmenentwicklung. In der anschließenden Diskussion wurden offene Fragen geklärt und verschiedene Statements geäußert. Aus der Diskussion war kein klares mehrheitliches Meinungsbild ableitbar. Zentrale Themen waren die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h und die Radverkehrssituation. Es gab Stimmen, die sich gegen eine Temporeduzierung aussprachen, weil negative Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit und die CO2-Belastung zu befürchten seien. Andere hingegen regten eine Ausweitung der Regelung an, um auf dem Abschnitt zwischen Kurt-Schumacher-Straße und OWD-Auffahrt eine Erhöhung der Schulwegsicherung und der Verkehrssicherheit allgemein gewährleisten zu können. Die Radverkehrssituation wurde von der Mehrheit der anwesenden Personen als unbefriedigend eingestuft. Zur Lösung genannter Defizite wurden eine Parallelverbindung über die Rolandstraße, eine bauliche Abgrenzung zwischen Fahrbahn und Radverkehrsanlage sowie eine Einbahnstraßenregelung genannt. Die genauen Inhalte der Diskussion können dem Protokoll in der Anlage entnommen werden. Die Input-Präsentation ist aufgrund ihres großen Umfangs nicht als Anlage beigefügt, kann aber im Internet unter der Homepage der Stadt Bielefeld, Rubrik Verkehr, eingesehen werden.

Weiteres Vorgehen

Das Amt für Verkehr wird die Maßnahmen, die in der Informationsvorlage 3481/2014-2020 ausführlich dargelegt worden sind, umsetzen sobald die Witterungsbedingungen dies zulassen, da Markierungsarbeiten vorgenommen werden müssen und eine Umsetzung der Maßnahmen als Paketlösung sinnvoll ist.

In der Bürgerinformation wurde die Anregung geäußert, die Temporeduzierung über die Melanchthonstraße hinweg bis zur Kurt-Schumacher-Straße zu verlängern und somit die Verkehrssicherheit im Umfeld des Max-Planck-Gymnasiums zu erhöhen. Derzeit prüft die Straßenverkehrsbehörde unter der Maßgabe der novellierten Straßenverkehrsordnung eine entsprechende Ausweitung. Wenn das Prüfergebnis im Sinne der Anregung ausfällt, würde eine Anordnung der Geschwindigkeitsreduzierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der übrigen Maßnahmen erfolgen.

Außerdem wird die Polizei gebeten, sobald die Maßnahmen umgesetzt worden sind, Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen.

Es wird vorgeschlagen, dass das Amt für Verkehr den politischen Gremien nach einem Jahr einen Erfahrungsbericht vorlegt.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)

Moss